

Nr. 15/918

Anpassung des Krankenhausdatenschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2002
(Drucksache 15/1057)

1. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines geänderten Bremischen Krankenhausdatenschutzgesetzes (BremKHDSG) vorzulegen, der den medizinischen Behandlungsnotwendigkeiten und den Bedingungen der modernen DV-Technik entspricht.
2. Er wird weiter aufgefordert, dabei den Grundgedanken des BremKHDSG, dass krankenhausesintern Patientendaten weder unbegrenzt noch unbefristet verfügbar sein dürfen, beizubehalten.

Nr. 15/919

OFFENSIV-Gesetz

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2002
(Drucksache 15/1068)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002

(Drucksache 15/1095)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/920

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. Februar 2002
(Drucksache 15/1069)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/921

Umweltschutz nicht aushebeln – europäische Normen rechtskonform umsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. März 2002
(Drucksache 15/1093)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/922

Gesetz zur Aufhebung von Vorschriften über die öffentliche Bestellung und Ver- eidigung der Schiffsbesichtiger in Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1070)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/923

Bericht über die Tätigkeit der mit Wirtschaftsförderaufgaben beauftragten juris- tischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2000 (Beleihungsbericht 2000)

Mitteilung des Senats vom 24. Juli 2001
(Drucksache 15/777)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/924

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Per- sonen des privaten Rechtes für das Jahr 2000 (Beleihungsbericht 2000)

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1071)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/925

Durchsetzung des Prinzips der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Bremer Landespolitik (Gender Mainstreaming)

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1072)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/926

Gesetz zur Änderung des Bremischen Immissionsschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1077)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/927

23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 30. März 2001

(Drucksache 15/681)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 23. Jahresbericht des Landesbeauf-
tragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 15/928

Stellungnahme des Senats zum 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001
(Drucksache 15/852)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.

Nr. 15/929

Bericht und Antrag des Datenschutzausschusses zum 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drs. 15/681 vom 30. März 2001) und zur Stellungnahme des Senats vom 9. Oktober 2001 (Drs. 15/852) vom 22. Februar 2002

(Drucksache 15/1080)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Datenschutzausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/930

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 40 vom 26. Februar 2002

(Drucksache 15/1079)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/931

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 41 vom 12. März 2002

(Drucksache 15/1092)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/932

Vertrauensschutz bei Hochschul-Reformen gewährleisten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1084)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wissenschaft.

Nr. 15/933

Zuwanderungsgesetz im Bundesrat zustimmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1087)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/934

Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 16. Wahlperiode

Antrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1088)

Als Wahltag für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft der 16. Wahlperiode wird Sonntag, der 25. Mai 2003, festgelegt.

Nr. 15/935

Verbindlichere Strukturen der regionalen Zusammenarbeit – Bildung eines Verbandes Region Bremen –

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1089)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/936

Region Bremen – Verbindliche Verbandsstrukturen schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2002
(Drucksache 15/1102)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Senats zur Bildung eines Verbandes „Region Bremen“ und erwartet, dass zeitgleich zur Darstellung des Interkommunalen Raumstrukturkonzeptes (INTRA) ein Konzept für einen integrativen Regionalverband vorgelegt wird.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Regionalverband als Zweckverband mit möglichst umfassenden, rechtlich verbindlichen Kompetenzen ausgestattet wird und so zu einer gemeinsamen Siedlungs- und Freiraumplanung kommt. Nur so kann eine abgestimmte Infrastruktur in der Region entstehen, die im Ergebnis mit einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts und durch Einsparungen bei der Aufgabenwahrnehmung auch dem Sanierungsziel Bremens entspricht.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass es mit Bildung eines solchen Regionalverbandes zu einer Optimierung der Planungs- und Gremienarbeit und es so mittelbar zu Kosteneinsparungen in der Region kommt. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet weiterhin, dass eine repräsentativ zusammengesetzte Verbandsversammlung aus Vertretern der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Bremischen Bürgerschaft das höchste Entscheidungsgremium des Regionalverbandes wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die Entscheidungskompetenzen nach Gründung eines integrativen Regionalverbandes in Abstimmung mit den betroffenen Städten und Gemeinden in geeigneter Weise zu gestalten.